



Dr. Herbert Czaja
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 9. Mai 1978

Bundeshaus

Fernruf 16..... / 3553

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Herrn
Dr. Bruno Knopp
Hortensienstr. 6

8500 Nürnberg

Sehr geehrter Herr Dr. Knopp!

Mit Schreiben vom 2. Mai 1978 haben Sie mir ein Schreiben vom 21. März 1978 in Abschrift zugesandt. Sie haben offensichtlich diesen Brief an das Institut für Auslandsbeziehungen in Ablichtung geschickt, was sich aus Ihrem Brief vom 20. April 1978 zu ergeben scheint, ohne mir diesen Brief überhaupt zugeleitet zu haben. Ich muß mich gegen ein solches Vorgehen verwahren. Herr Dr. Bruckner ist in den Fragen, von denen Sie mir schreiben, an mich nicht herangetreten.

Ausreisefreiheit ist ein Menschenrecht, das zu achten und zu unterstützen die Vertragsstaaten des Menschenrechtspaktes von 1966 verpflichtet sind. Der Bund der Vertriebenen und ich sind immer dafür eingetreten, daß in erster Linie alles getan werden muß, um die Menschen- und Gruppenrechte der Deutschen in der angestammten Heimat zu gewährleisten. Um dies zu tun, hat Rumänien nicht nur durch seine innerstaatliche Verfassung sich verpflichtet, sondern auch durch den Weltpakt für bürgerliche und politische Rechte, der jede Diskriminierung wegen der nationalen Herkunft verbietet und die Gleichheit in beruflichen Fragen in der Vertretung und Beteiligung an der öffentlichen Gewalt und in der Pflege und Entfaltung der kulturellen Eigenart jeder Nationalität gebietet. Wer aber nicht aushalten kann und nicht aushalten will, hat das Recht der Ausreisefreiheit nach Artikel 12 des Menschen-



rechtpaktes, und ich halte mich für verpflichtet, in jedem Einzelfall, in dem sich eine Familie wegen der Ausreise an mich wendet, dies gegenüber dem Auswärtigen Amt auch zu unterstützen. Ich würde einen nicht wieder gut zu machenden Fehler begen, wenn ich Menschen in ihrer Not allein ließe.

Sie haben recht, daß hier und dort auch Agenten eingeschleust werden können. Den von Ihnen genannten Prozentsatz bezweifle ich. Es trifft zu, daß die Gegensätze zwischen Moskau und Bukarest sehr imaginärer Art sind. All dies kann aber nicht daran hindern, für Menschen in Not und auch für Deutsche einzutreten. Es ist Aufgabe der Sicherheitsbehörden, Agenten aufzustöbern und zu überwachen.

Es ist unrichtig, daß von der Bundesrepublik Deutschland eine Aussiedlung betrieben werden kann.⁺⁾ Wenn der Druck und die Zerstreuung nicht so auf den Siebenbürger-Sachsen und den Banater Schwaben in ihrer Heimat lasten würde, gäbe es nicht diese Panik. Entschieden muß ich zurückweisen, was Sie über die Deutschen in der Sowjetunion und angebliche Initiativen der Bundesregierung dazu schreiben. Ich bekomme immer wieder verzweifelte Hilferufe von Deutschen aus der Sowjetunion, die nicht von hiesigen Behörden bestellt sind. Es ist für jedes Volk selbstverständlich, daß es für seine in Not befindlichen Volksangehörigen eintritt. Dies als Chauvinismus zu bezeichnen, ist unberechtigt. Jedes normale Volk und jeder normale Staat bemüht sich im übrigen um die Menschenrechte seiner Volksangehörigen. Sie verweisen mich auf kommunistische Schriften. Ich kenne sie nicht, aber nach der Kenntnis der marxistischen Dialektik würde ich mich durch diese wohl nicht beeinflussen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

^{+) Die 520.000 Aussiedler, die nach Beendigung der Massenvertreibung hierher kamen, sind nicht von Deutschland her zur Aussiedlung "getrieben" worden.}



OTTO BENECKE STIFTUNG

5300 BONN 1, den
Bonner Talweg 57
Postfach 170160
Telefon (02221) 109-1

25. JAN. 1978

Bankkonten:
Landeszentralbank Bonn 38008078, BLZ 38000000
Dresdner Bank, Filiale Bonn 2200120, BLZ 37080040
Postscheckkonto Köln 141179-501, BLZ 37010050

OTTO BENECKE STIFTUNG · POSTFACH 170160 · 5300 BONN 1

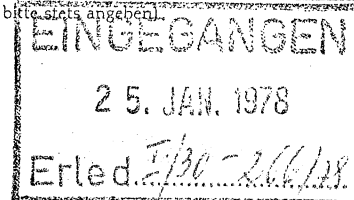
Landsmannschaft der
Siebenbürger Sachsen in
Deutschland e.V.

Sendlinger Str. 48
8000 München 2

Durchwahl (02221) 109...247

Gesch.-Z.: AKP/Str.

(Im Schriftverkehr bitte stets angeben.)



Fotokopie an H. Stürmer

Betr.: Studienförderung für Aussiedler und DDR-Flüchtlinge über 35 Jahre

Aussiedler und DDR-Flüchtlinge mit Hochschulabschluß lassen sich nur sehr schwer in das berufliche und soziale Leben der Bundesrepublik eingliedern.

Sie haben in ihren Herkunftsländern zumeist als Lehrer, Juristen, Ärzte, Ingenieure und Ökonomen gearbeitet oder waren als Wissenschaftler und Künstler tätig.

Ihre akademischen Abschlüsse werden hier häufig nicht oder nur teilweise anerkannt, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten sind beruflich nicht oder nur teilweise zu verwerten.

Viele sind daher gezwungen, zusätzliche Studien aufzunehmen, wollen sie nicht beruflichen Abstieg und soziale Isolierung erleiden.

Das verlangt eine besondere Förderung. Für unter 35-jährige zugewanderte Ausbildungsbewerber können in Ergänzung der gesetzlichen Ausbildungsförderung Eingliederungsbeihilfen nach dem sog. Garantiefonds gewährt werden. Zur Förderung von über 35-jährigen Studienbewerbern aus dem Personenkreis der Aussiedler und DDR-Flüchtlinge beabsichtigt die Bundesregierung erstmals für das Jahr 1978 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.



- b. w. -

Ziel dieser Förderung ist es, eine der Ausbildung im Herkunftsland entsprechende berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der Aussiedler und DDR-Flüchtlinge in die Verhältnisse der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Das Förderungsprogramm soll von der Otto Benecke Stiftung durchgeführt werden. Gefördert werden soll der Besuch von Sprachkursen und das Studium an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen.

Auf Wunsch wird von der Otto Benecke Stiftung eine ausführliche Beratung über Ausbildungs- und Förderungsmöglichkeiten, über Studienplatzbewerbung, Anerkennungsverfahren etc. vorgenommen.

Bewerbungen und Anfragen bitten wir an die Otto Benecke Stiftung, Akademikerprogramm, Bonner Talweg 57, 5300 Bonn 1, zu richten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Michael Stratmann)



Dr. Bruno Knopp
Fortensienstr. 6
8500 Nürnberg

An den
Vorstand des BDV
z.Hd. von Herrn Dr. Csaja - MdB
5300 Bonn

Nürnberg, 2. Mai 1978

Betr.: Einstellung der Aussiedlung der "Deutschen"
aus dem Osten aus Sicherheitserwägungen

Sehr geehrter Herr Dr. Csaja!

Ich komme erst jetzt dazu, Ihnen das Schreiben vom 21.3.1978 zum Versand zu bringen. Ich hatte gehofft, daß die maßgebenden Personen der Landsmannschaftsführung von sich aus an Sie herantreten würden, mit dem Ersuchen um Einstellung der Aussiedlung. So wie ich die Sache durchblicke, haben sich die Herren Dr. Bruckner, Pargel und Hartl mehr oder weniger von den Argumenten überzeugen lassen die gegen eine Aussiedlung sprechen, bzw. sie haben die ganze Angelegenheit Herrn Zillich anheim gestellt, der bei Erbringung des Aussiedlungsbeschlusses im Jahre 1962 Vorsitzender der Landsmannschaft war. Herr Zillich kennt nun die Verhältnisse hinter dem Eisernen Vorhang ganz und gar nicht, so wie sie sich seit 1945 entwickelt haben und weiß nichts von der Sprengkraft, die sich dort unter der Decke gegen den Kommunismus und Amerikanismus angesammelt hat. Tatsächlich ist Herr Zillich bereits in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg nach dem Westen gekommen. Er scheint heute zu alt zu sein, um die eingetretene Änderung beurteilen zu können.

Zusätzlich zu den bereits gemachten Mitteilungen will ich noch folgende Überlegungen erwähnen, die gegen eine Fortsetzung der Aussiedlung sprechen:

Die Sowjetregierung benützt die Gelegenheit, um mit den Ausgesiedelten eine unüberschaubare Menge von Agenten in den Westen zu schleusen. Ungefähr 30 - 40 % der jüngeren Menschen, die sich entschließen in den Westen zu kommen, werden von den Sicherheitsorganen zitiert, wo ihnen der Vorschlag gemacht wird, im Westen gegen gute Bezahlung als Agenten tätig zu sein. Es ist bekannt, daß Rumänien im Westen das größte Agentennetz aufrechterhält, das hier je bestanden hat. Natürlich im Auftrag von Sowjetrußland. Die Gegensätze zwischen Moskau und Bukarest sind in Wahrheit nur imaginärer Natur. Ceausescu muß so tanzen wie Moskau zeigt und wird an der Führung geduldet, weil man ihm angesichts der geographischen Lage seines Landes völlig in der Gewalt hat. Wir, die wir aus Rumänien kommen, sind Zeugen davon, wie die Rumänen die aus Bessarabien vor den Russen im Jahre 1940 flüchteten, weil sie starke Kommunistengeegner waren, nach der Besetzung Rumäniens durch die Russen 1944 aus den schärfsten Antikommunisten die servilsten Diener, Agenten und Spione der Sowjetrussen wurden - einfach um ihr Leben zu retten. Die Psychologie dieser Menschen, die wir genau kennen, ist folgende: Wir bessarabischen Antikommunisten haben bis zum Einmarsch der Russen das Äußerste getan, um unsere rumänischen Brüder aus dem Westen, also aus der Walachei und Siebenbürgen zum äußersten Widerstand gegen die Russen zu wappnen. Sie haben unseren Rat nicht befolgt, haben sich ergeben, jetzt sollen sie auch die Konsequenzen tragen. Etwa 50 % der inhaftierten Rumänen nach dem Friedens-



schlug wurden auf Betreiben dieser Ostagenten inhaftiert bzw. nach Rußland verschleppt und vernichtet.

Wir müssen uns eng zusammenschließen, wollen wir der List des Ostens gewachsen sein. Die kann psychologisch von dem russischen Propaganda-Apparat als Aggression des Westens dargestellt werden; Die deutsche Regierung zieht die Deutschen aus Rußland zurück, so wie dieses Hitler im Jahre 1940 mit den tendenteutschen tat, um einen Krieg gegen Rußland vorzubereiten. Des weiteren wird alles getan, um sich durch das Hineinschleusen östlicher Menschen nach dem Westen von russischer Seite eine Invasion des Ostens vorzubereiten. Die Deutschen werden wieder als Nazis und Chauvinisten vor der ganzen Welt abgestempelt, die eigenständige Volksgruppen abwürgen. Ich bitte in diesem Zusammenhang das Buch "Die deutsche Nationalität in Rumänien" zu lesen, daß im Auftrag des Zentralkomitees der kommunistischen Partei von Monica Parcan und Adelbert Hillitz 1977 herausgegeben wurde und wo die ganze Schuld für die Aus siedlung und Liquidierung der Siebenbürger Sachsen den Deutschen in die Schuhe geschoben wird und auf Seite 43 ausdrücklich als Genozid bezeichnet wird. Es wäre unverantwortlich, das deutsche Volk wiederum einer völkerrassistischen Belastung aussetzen. Es gibt nur eine Parole: Durchzuhalten, auf Gott vertrauen und durch enge Zusammenarbeit der östlichen List die Stimme zu bieten.

Mit freundlichen Grüßen

M. H.

Beilage

Schreiben vom 21.5.1978

Memorandum-Anschlußberatung

an Intern

Schreiben vom 5.5.1978 an

SPD-Bundesdienst

Schreiben vom 20.4.1978 an das

Institut für Auslandsbeziehungen

Stuttgart

Kein Verlangen der Kontaktaufnahme als Führung

blühend sein